Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 3 (1935-1936)
Heft: 1

Artikel: Über die Schranken staatswirtschaftlicher Wirksamkeit
Autor: Gelpke, R.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759212

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gegners einzudringen. Man mute uns doch nicht die Naivität zu, zu glauben, der ganze Generalstab der sozialdemokratischen Partei stelle sich in die Front der Arbeit, wenn er von diesem Türk nicht eine Stärkung der eigenen Partei erwarten würde. Und diese Spekulation ist gar nicht schlecht. Bei Erfolgen der Front der Arbeit werden einzig die Sozialdemokraten die Gewinnenden sein. Siehe die Großratswahlen in Basel. Wenn der Gewalthaufe eine Parole schreit, so hilft es eben einigen Mitläufern wenig, das gleiche nachzusäuseln.

Bald läßt der Gewalthaufe auch die Rücksicht fallen und lockt (Aufruf der sozialdemokratischen Partei der Schweiz): Front der Arbeit — her zu uns! Und wenn dann einer der Mitläufer (Nationalrat Gadient) gegen solche «Entgleisungen» als «untragbare Belastung» aufzumucken wagt, so wird ihm vom Gewalthaufen (durch die «Berner Tagwacht») zu bedenken gegeben, «daß er, Herr Gadient und sein Trüpplein Demokraten, nur in dieser Verbindung (mit der Front der Arbeit) eine in letzter Zeit über Gebühr gehende Bedeutung erlangt» habe und daß, wenn ihm die Belastung untragbar werde — «er ja leicht wieder ins frühere Schattendasein zurücksinken könne». Das ist der Dank vom Hause Grimm, der allen Bürgerlichen wartet, die ins Garn der sozialistischen Kriseninitiative laufen.

Über die Schranken staatswirtschaftlicher Wirksamkeit

von R. Gelpke, Nationalrat

Die jahrhundertealte nationale Politik der Eidgenossenschaft, mit der Hochhaltung des föderativen Charakters unseres Staatswesens, gegründet auf den Schutz der Freiheit und der Rechte seiner Volksgenossen, steht in Gefahr, durch die Befürworter der Kriseninitiative erschüttert zu werden. Mit dem der Initiative zugrunde liegenden Plan der Arbeit ist beabsichtigt, dem bürokratisch verwalteten wirtschaftlichen Staatssozialismus zur Herrschaft zu verhelfen. Den marxistischen Demagogen ist es dabei weniger darum zu tun, die bestehende gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Ordnung zu stützen und zu vervollkommnen, als vielmehr auf

dem Wege unmöglicher, unverwirklichbarer, utopischer Forderungen den Umsturz und damit die Zerstörung der Lebensunterlagen des Schweizervolkes in die Wege zu leiten.

Der gute Glaube zahlreicher Mitläufer der Initiative soll nicht in Abrede gestellt werden, die durch die Not in ihrer Urteilskraft gehemmt, sich durch die Allheilvorlage, mit der menschenfreundlichen, wenn auch platonischen Zusicherung einer ausreichenden Existenz für alle Schweizerbürger, haben blenden lassen. Die doktrinären Programmpunkte der Initiative werden von allen Wirtschaftsführern als unrealisierbar abgelehnt, weil die Ersetzung der Privatinitiative, der Einzelleistung, des persönlichen Wagemuts und Sparsinnes, dem vor allem die Bildung von Wirtschaftskapital und Reserven zu verdanken ist, durch einen bürokratischen Mechanismus und zur Erstarrung und Erschöpfung des Produktionsorganismus führen müßte. Die unausbleiblichen Folgen wären die Verarmung und Verelendung der Volksgemeinschaft. Der jeglicher persönlichen Tatkraft und Verantwortungsfreude, aber auch jeglicher ökonomischer Kenntnisse und Belebungskräfte entbehrende staatliche Kanzleiapparat, der weit mehr verzehrte als er Positives leistete, wäre auf Grund seiner mechanischen Struktur niemals imstande, die notleidende Wirtschaft in all ihren unüberblickbaren Verästelungen wieder in Gang zu bringen, die Arbeitslosigkeit zu beheben, die Landwirtschaft zu regenerieren und der Exportindustrie neue Absatzmärkte, es sei denn im Wolkenkuckucksheim, zu erschließen. Wer mit solchem Ansinnen vor das Volk tritt, erlaubt sich entweder einen schlechten Scherz oder er spekuliert auf die Geistesarmut, gepart mit blinder Begehrlichkeit seiner Mitbürger. Das nach abstrakten Begriffen, keineswegs aber nach konkreten Vorbildern konstruierte Gemeinwohl, wie es die Initiative anstrebt, ist somit eine Absurdität.

Der Gedanke von der Allfürsorgemacht des Staates, wie er in den doktrinären Forderungen der Initiative seinen Niederschlag gefunden, ist eine Geistesverirrung, die bereits viel Unheil gestiftet und in verschiedenen Staaten, wo die Sozialisierungsbestrebungen zur Teilverwirklichung gelangt sind, durch Expropriation der Produktionsmittel und der Kapitalrücklagen, zum Währungszusammenbruche geführt hatte.

Der Staat als Träger des wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens ist ein Unding. Seine Aufgaben vermehrten sich in einem solchen Aus-

maße, daß er zur Ohnmacht verurteilt würde. An die Stelle der hierarchischen Gliederung der Gesellschaft nach intellektueller Leistung und ethischer Veranlagung träte die entpersönlichte bürokratische Papiermühle mit der Teilverstaatlichung der Wirtschaft, bar jeglicher sachverständigen Führung, als Versorgungsinstitution für Parteibonzen und Gewerkschaftssekretäre. Bei dieser Rollenvertauschung der leitenden Köpfe würde jede gesunde Kapitalbildung verunmöglicht. Die Sparrücklagen als Grundlage der Wirtschaft würden restlos für die Leerlaufbedürfnisse der öffentlichen Hand beansprucht. Und da die öffentlichen Kassen gar bald erschöpft wären, so bliebe kein anderer Ausweg übrig als die Zuflucht zur Anleihenspumpe, um neue Mittel für zum großen Teil wertlose, das heißt ertraglose Arbeiten zu beschaffen, welche den Kreislauf der produktiven Kräfte niemals zu beleben vermöchten. Die Schuldenlasten aber würden ins Ungemessene ansteigen.

Mit der Lahmlegung der privatwirtschaftlichen Initiative würden die von der Ertragswirtschaft gespiesenen Nährquellen, von welchen die öffentliche Hand lebt, in Bälde zum Versiegen gebracht. Da die Verwirklichung des Aktionsprogrammes der Initianten in seiner Totalität über 500 Millionen Franken im Jahre erforderte, die jährlichen Rückschläge der öffentlichen Finanzen beim Bund, bei den Bundesbahnen, den Kantonen und Gemeinden aber heute schon 200 Millionen Franken übersteigen, so stieße die Finanzierung der Initiative auf unüberwindbare Schwierigkeiten. Wie soll die öffentliche Hand in einem Zeitpunkte, wo die Wiederherstellung eines geordneten Finanzhaushaltes bereits die Tragkraft der Wirtschaft übersteigt, noch Mittel und Wege ausfindig machen, um den Forderungen der Initianten zu entsprechen.

Die Reserven, auf die man zurückgreifen möchte, stellen zum guten Teil fiktive Werte dar, die nur so lange ein reales Dasein führen, als man daran glaubt. Wird aber in labilen Zeitläuften durch Sozialisierungsexperimente größten Ausmaßes eine gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik verunmöglicht, dann steht die Währung in Gefahr, nicht nur von außen, sondern auch von innen her zerrieben zu werden, denn eine Gelddoktrin hat bloß so lange Bestand, als dieselbe Vertrauen genießt. Ist aber das Vertrauen einmal erschüttert, dann gibt es kein Halten mehr. Hortung und Devisenflucht

werden die Wirtschaft ihrer Mittel entblößen. Vergebens sind aber dann die Bemühungen, durch das Mittel der Notenpresse neues Blut in den erschöpften Produktionsorganismus zu pumpen. Unerbittlich nimmt das Verhängnis seinen Lauf. Die Ära der Inflationskonjunktur setzt ein, mit der Entwertung der Notreserven von Hunderttausenden von Sparern, mit dem katastrophalen Lohnschwund der 150 000 Funktionäre der öffentlichen Hand und der Brotlosmachung des werktätigen Volkes. Die sozialistischen Ideologen feierten dann Triumph und Sieg auf einem Trümmerfeld.

Das Aktionsprogramm der Initianten ist von vorneherein, darüber kann kein Zweifel bestehen, zum Scheitern verurteilt und zwar nicht allein aus materiellen, sondern vor allem auch aus psychologischen Gründen. Die Lage der öffentlichen Finanzen ist heute schon derart zugespitzt, daß es nur des geringsten Windstoßes bedarf, um den Landeskredit ins Wanken zu bringen. Was das Schweizervolk heute erlebt, ist eine heilsame Enttäuschung. Es wird von der Illusion befreit, als käme alles Heil vom Staate, als könne der öffentlichen Hand die Funktionen einer allfürsorgenden Landesmutter übertragen werden, die überall einspringt, wo wirkliche oder auch vermeintliche Nöten dies als erforderlich erscheinen lassen. Gewiß ist die staatliche Intervention in schweren Zeitläuften, so lange wenigstens, als die Selbstverwaltung der wirtschaftenden Potenzen fehlt und die Gesellschaft der organischen Gliederung ermangelt, eine Notwendigkeit. Dabei darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß dem staatlichen Einfluß enge Schranken gesetzt sind. Ganz abgesehen davon, daß der mechanistisch eingestellte Beamtenkörper bei seiner Starrheit und Unbeweglichkeit nicht dazu geeignet ist, auf das ungemein differenzierte Spiel der freien schaffenden Kräfte belebend einzuwirken, darf der Staat sich der Verpflichtung der Wahrung der Gesamtinteressen des Volkes nicht entziehen. Die Zersplitterung der öffentlichen Mittel in zahllose unzusammenhängende Einzelaktionen müssen deshalb mit aller Entschiedenheit, weil sie die Fundamente der Staatsfinanzen und der Wirtschaft untergräbt, bekämpft werden. Da die Ausgaben der öffentlichen Hand aus der Ertragswirtschaft bestritten werden, darf der gesunde Teil des Produktionsorganismus nicht derart geschwächt werden, daß die eigentlichen Nährquellen der Volksgemeinschaft versiegen. Der Blick aufs Ganze muß demnach unter allen Umständen gewahrt werden. Es gibt keinen Ersatz

für die durch Sozialisierungsexperimente ausgeschaltete private schöpferische Initiative.

Als Beleg hiefür sei ein geschichtliches Ereignis der Nachkriegsjahre wieder in Erinnerung zurückgerufen. Als bei Anlaß des Zusammenbruchs des deutschen Reichs in den Herbstmonaten des Jahres 1918 die sozialistische Diktatur errichtet und mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ernst gemacht werden sollte, schrak man davor zurück, die Doktrinen des Umsturzes zu verwirklichen. Man ließ die private Wirtschaft unangetastet. Die damaligen Machthaber waren sich wohl bewußt, daß die Sozialisierung der Wirtschaft das deutsche Volk zugrunde richten würde. Es hat allen Anschein, als ob sich die marxistischen Befürworter der Initiative dieser Tatsache nicht mehr erinnerten.

Die Erhaltung der Lebensfähigkeit des Volksganzen, vor allem der werktätigen Bevölkerungsschichten und der Glieder des Beamtenkörpers, hat demnach zur unerläßlich notwendigen Voraussetzung die Gesunderhaltung des auf die private Initiative sich stützenden Produktionsorganismus, von dessen Ertragsfähigkeit das Wohl des Landes abhängt. Unter keinen Umständen darf zugelassen werden, daß die fiskalische Belastung die durch die Weltkrise ohnehin schon schwer mitgenommene Wirtschaft in ihrem Ertrage derart schwächt, daß weitere Hilfsaktionen von seiten der öffentlichen Hand verunmöglicht werden. Der Rückgang der Steuereingänge (Bund, Kantone, Gemeinden), von 1 106 000 000 Fr. im Jahre 1930 auf 876 000 000 Fr. im Jahre 1933 ist ein deutlicher Fingerzeig. Auf der andern Seite wachsen die Aufwendungen des Bundes für soziale und wirtschaftliche Stützungsaktionen ins Ungemessene. In den Nachkriegsjahren, 1918—1933, vermehrten sich die Ausgaben der Bundesverwaltung von 170,7 Millionen Fr. auf 482,1 Millionen Fr. Seit dem Jahre 1913 haben sich die Ausgaben um das Fünffache und seit dem Jahre 1903 um annähernd das Achtfache gehoben. Und während zu Beginn des laufenden Jahrhunderts die Eidgenossenschaft noch so gut wie schuldenfrei dastand, übersteigt heute die Gesamtschuld, mit Einschluß der Bundesbahnen und der versicherungstechnischen Defizite der Pensionskassen beider Verwaltungen, 7 Milliarden Fr., wovon auf die Bundesbahnen rund 3,5 Milliarden entfallen. Jahr für Jahr übersteigen die Gesamtfehlbeträge von Staatsrechnung und Bundesbahnen zusammen 100 Millionen Fr.

Was die Bundesbahnen, das größte staatswirtschaftliche Unternehmen unseres Landes, anbelangt, so hat deren hoffnungslose finanzielle Lage dem Volke die Augen darüber geöffnet, daß auch der Staatsbetrieb wie jedes Privatunternehmen, ungeachtet seiner breiteren Kreditbasis an die Befolgung ökonomischer Richtlinien gebunden ist. Hiezu ist aber die mechanische Struktur der Bundesbahnbürokratie ungeeignet, denn sie ermangelt der persönlichen Verwaltungs- und Verantwortungsspitze. Unter den fünf an der Geschäftsführung unserer Regiebahnen beteiligten Organisationsgebilden, welche zusammen an Kopfzahl einer kriegsstarken Kompagnie gleichkommen, befindet sich kein einziges, welches der Volksgemeinschaft gegenüber die Verantwortung trüge. Zu der Bundesversammlung als Oberleitungsorgan, dem Bundesrat als Aufsichtsbehörde, dem Verwaltungsrat als Kontroll- und Vorschlagsorgan und der Generaldirektion als Geschäftsleitung gesellt sich der Eisenbahnerverband als wirksames sozialpolitisches Interventionsorgan.

Daß diese Mammutverwaltung mangels einer festen zielsicheren Führung zu bürokratischer Erstarrung, zur Überkapitalisierung und zur Übersozialisierung führen mußte, war vorauszusehen.

Die Forderung nach ökonomischer Selbsterhaltung, nach Bildung von Eigenkapital und Reserven, um aus eigener Kraft die Mittel sowohl für die Produktionsausweitung, wie für die laufenden Bedürfnisse, für Zinsen und Tilgungen beschaffen zu können, wurde als unvereinbar mit dem Wesen eines öffentlichen Betriebsunternehmens außer acht gelassen.

Die Anleihenspumpe wurde mit Hilfe des Landeskredits von Anfang an in Funktion gesetzt, ... dasselbe leichtsinnige Spiel mit fremden Geldern soll nun bei der Kriseninitiative, wenn auch unter unvergleichlich ungünstigeren Umständen, wiederholt werden, ... was dazu führen würde, daß heute unsere Staatsbahnen mit über 1,1 Millionen Fr. Schulden pro laufenden Streckenkilometer eine Ausnahmsstellung einnehmen, um welche sie wohl niemand beneidet.

Alle 5—6 Jahre vermehrt sich die Schuldenlast, umfassend Bauausgaben, Defizite, fehlende Amortisationsbeträge, Rückschläge der Pensions- und Hilfskasse, um über eine halbe Milliarde Fr.

Kommt nicht in Bälde ein durchgreifendes Spar- und Rekonstruktionsprogramm zur Ausführung, im Interesse der Wiederher-

stellung des Gleichgewichtszustandes zwischen den Transporterträgnissen und den Aufwendungen, so beziffern sich bis Ende des laufenden Jahrzehntes die Gesamtschulden der Bundesbahnen auf 4 Milliarden Fr. Sind wir aber einmal so weit, dann steht das Personal vor leeren Bahnkassen und das Schweizervolk vor entwerteten Spartöpfen. Leider hat es nicht den Anschein, als ob die Landesbehörden die Kraft und den Mut aufbrächten, sich aus der unhaltbar gewordenen Zwangslage zu befreien.

Die zufolge der politischen Verfilzungen beinahe unüberwindlich gewordenen Schwierigkeiten einer Finanzrekonstruktion und Betriebssanierung der Bundesbahnen sind wahrlich nicht dazu angetan, das Schweizervolk für einen weiteren Ausbau des öffentlichen Verwaltungsapparates, wie er durch die Kriseninitiative vorgesehen ist, zu begeistern. Die Allverknüpfung des Staates mit der Wirtschaft führte zu einer für die Gesamtheit untragbaren Aufblähung des Beamtenmechanismus, der, weit entfernt davon, die in der Kriseninitiative vorgesehenen, zum guten Teil für den Gimpelfang berechneten Programmpunkte, zu verwirklichen, nichts als Unheil stiftete.

Was aus diesen Betrachtungen hervorgeht, ist die Erkenntnis, daß sich der Staat in Sozialisierungsexperimenten nicht verbluten darf. Alle Versuche der öffentlichen Hand, auf das Wirtschaftsleben aktiv einzuwirken, sind letzten Endes zum Scheitern verurteilt. Der Staat als Wirtschaftssubjekt ist ein Unding. Diese Grundwahrheit wird auch dann nicht entkräftet, wenn, wie dies heute der Fall ist, die allgemeine Notlage, die staatliche Unterstützung zwangsläufig erforderlich macht. Diese Hilfsaktion darf aber bestimmte, eng gezogene Grenzen nicht überschreiten. Werden diese Schranken überschritten und wird die Stabilität der bestehenden Lebensformen durch eine defaitistische Politik, wie sie die Kriseninitiative zur Folge hätte, erschüttert, dann sind die ökonomischen Unterlagen unserer Volksgemeinschaft der Zerstörung preisgegeben. Das, was wir zu erhalten und zu festigen haben, wissen wir; es ist die durch den Gang der Ereignisse vorgezeichnete Aufrechterhaltung der Ordnung im Finanzhaushalte der Eidgenossenschaft. Was wir dagegen durch die Kriseninitiative eintauschen, ist ungeachtet aller betörenden, rhetorischen Flausen, das Chaos. Was fruchten letzten Endes alle Kaufkrafttheorien, Preis- und Lohnfixierungen, wenn die Alimentationsquellen verschüttet sind. Ihr gabt uns schöne Worte und nahmt uns das Brot, lautet alsdann die

Klage der Volksgenossen, die, durch die gewandte Dialektik der marxistischen Weltverbesserer geblendet, selber das Unheil herbeiriefen, das sie zugrunde richtete. Aber nicht nur das tägliche Brot, sondern auch die Heimat, stände in Gefahr, dem Schweizervolke entrissen zu werden. Klassenkämpferische und sozialpolitische Stürme fegten über das Land und führten nicht bloß zur Schwächung der inneren Einheit, sondern zufolge der eigenen Zerrissenheit und des Auseinanderfallens der einzelnen Landesteile zu schwerer Gefährdung des nationalen Bestandes.

So richtet sich denn der Appell in diesen unruhigen Zeitläuften an alle heimatverwurzelten Volksgenossen, mit unerschütterlichem Willen fest zu verharren in der Befolgung der einfach überlieferten Lebensgrundsätze und nicht auf die Verlockungen der Morgenluft witternden politischen Wanderprediger und Kurpfuscher hereinzufallen, die mit dem unheilvollen Geist der Verneinung und der Zersetzung wohl Abbruch-, aber keine Aufbauarbeit verrichten. —

Exportindustrie und Kriseninitiative

von Dr. D. Schindler-Huber
Generaldirektor der Maschinenfabrik Oerlikon

Wie immer die Abstimmung über die Kriseninitiative ausfallen mag, es wird eine folgenschwere Entscheidung sein. Im Grunde hat das Schweizervolk in dieser Abstimmung zu wählen zwischen der freien Wirtschaft und der Zwangswirtschaft. Denn die Postulate der Initiative lassen sich nicht durchführen ohne Verzicht auf die wirtschaftliche Freiheit. Wenn wir die Preise stabilisieren wollen, wie es die Initiative verlangt, dann müssen wir dem Konsumenten die Möglichkeit nehmen, zu billigeren Preisen zu kaufen und müssen ihn zwingen, die Preise zu zahlen, die der Produzent verlangt. Wenn wir Löhne und Gehälter stabilisieren wollen, dann müssen wir für den Arbeitgeber die Möglichkeit aufheben, sich die Arbeitskräfte nach seinen Bedürfnissen auszusuchen, müssen aber auch dem Arbeitnehmer die Freiheit nehmen, sich Beruf und Arbeitsplatz nach seinem Gefallen zu wählen. Wenn wir Landwirtschaft und Gewerbe entschulden wollen, dann ist das nicht möglich, ohne dem Sparer